

Niederschrift
über die Sitzung 16. des Kulturausschusses
am 27.09.2017 in Duisburg
- öffentlicher Teil -

Anwesend vom Gremium:

CDU

Nabbefeld, Michael	für Dr. Elster, Ralph
Hohl, Peter	
Kisters, Dietmar	
Kersten, Gertrud	für Krebs, Bernd
Prof. Dr. Peters, Leo	
Schroeren, Michael	
Solf, Michael-Ezzo	
Isenmann, Walburga	für Tschepe, Heidemarie
Wirtz, Axel	

SPD

Eichner, Harald	
Böll, Thomas	für Mahler, Ursula
Prof. Dr. Rolle, Jürgen	Vorsitzender
Schulz, Ursula	
Wietelmann, Margarete	
Wietheger, Karin	
Prof. Dr. Wilhelm, Jürgen	

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Beu, Rolf Gerd
Gormanns, Karl Friedrich
Kappel, Angelica-Maria

FDP

Pohl, Mark Stephen
Runkler, Hans-Otto

Die Linke.

Zierus, Jürgen

FREIE WÄHLER

Dr. Flick, Martina

Verwaltung:

Karabaic, Milena	LVR-Dezernentin Kultur und Landschaftliche Kulturpflege
Limbach, Reiner	Erster Landesrat und LVR-Dezernent für Personal und Organisation
Drewes, Stefan	Leitung LVR-Zentrum für Medien und Bildung
Dr. Pufke, Andrea	Leitung LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland
Kohlenbach, Guido	Leitung LVR-Fachbereich Regionale Kulturarbeit
Peters, Sandra	Stabsstelle 90.70 MiQua.LVR-Jüdisches Museum im Archäologischen Quartier Köln
Dr. Twiehaus, Christiane	Stabsstelle 90.70 MiQua.LVR-Jüdisches Museum im Archäologischen Quartier Köln
Ströter, Birgit	LVR-Fachbereich Kommunikation
Prof. Dr. Schleper, Thomas	Leitung LVR-Fachbereich Zentrale Dienste, strategische Steuerungsunterstützung
Jung, Petra	LVR-Fachbereich Zentrale Dienste, strategische Steuerungsunterstützung
Schuy, Sabine	LVR-Fachbereich Zentrale Dienste, strategische Steuerungsunterstützung
Konovaloff, Réka	Protokoll, LVR-Fachbereich Zentrale Dienste, strategische Steuerungsunterstützung

Gäste:

Kirsch, Sarah	Persönliche Referentin des Vorsitzenden der Landschaftsversammlung Rheinland
Dr. Dinkla, Söke	Museumsleitung und Vorstandsvorsitzende der Stiftung Lehmbruck Museum Duisburg
Krützberg, Thomas	Beigeordneter Stadt Duisburg und Kuratoriumsmitglied der Stiftung Lehmbruck Museum Duisburg

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

Beratungsgrundlage

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Niederschrift über die 15. Sitzung vom 21.06.2017
3. Begrüßung und Vorstellung des Museums sowie der Stiftung Lehmbruck Museum Duisburg
4. Bericht zur aktuellen Tätigkeit und zu den Perspektiven der Denkmalpflege im Rheinland **14/2123 K**
5. Bericht zum Sachstand der Umsetzung der Digitalen Agenda 2020 des LVR-Dezernates Kultur und Landschaftliche Kulturpflege **14/2224 K**
6. Verbundprojekt „Bauhaus100 im Westen – Gestaltung und Demokratie – Neubeginn und Weichenstellungen im Rheinland und in Westfalen“ **14/2221 K**
7. Besuchsstatistik und Erlöse aus Entgelten für die Museen des Landschaftsverbandes Rheinland **14/2069 K**
8. Langfristige Planung der Investitionen im Kulturbereich **14/2113 E**
9. Machbarkeitsstudie zur Einführung freier Eintritte in die LVR-Museen **14/2218 E**
10. Verlängerung des freien Eintritts in die LVR-Museen **14/2138 K**
11. LOGINEO NRW - Vertragsverlängerung, künftiges Verfahren **14/2153 E**
12. Inhaltliche Weiterentwicklung für das LVR-LandesMuseum Bonn: Grundsatzbeschluss über eine Neuorientierung für das LVR-LandesMuseum auf der Basis einer umfassenden inklusiven Zielsetzung; hier: inklusive Erschließung des Gebäudes mit einem zentralen Doppelaufzug **14/2155 E**
13. Verwaltungsstrukturüberprüfung im LVR - Ergebnis der Überprüfung im Dezernat 9 **14/2074 E**
14. Berichte aus Netzwerken und Stiftungen durch die Verwaltung
15. Beschlusskontrolle
16. Anfragen und Anträge
- 16.1. 1000 Jahre Abtei Brauweiler im Jahr 2024 **Antrag 14/174 CDU, SPD K**
- 16.2. MiQua.LVR-Jüdisches Museum im Archäologischen Quartier Köln: Sachstand des Projektes sowie finanzielle Rahmenbedingungen **Antrag 14/180 CDU, SPD K**

17. Mitteilungen der Verwaltung
18. Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

19. Niederschrift über die 15. Sitzung vom 21.06.2017
20. Erwerb einer Jüdischen Handschrift - Machsor **14/1849 E**
21. Vogelsang IP gGmbH **14/2247 E**
Neuordnung der Beteiligungsstruktur und Sicherstellung
der langfristigen finanzwirtschaftlichen Ausstattung der
Gesellschaft
22. Berichte aus Netzwerken und Stiftungen durch die
Verwaltung
23. Beschlusskontrolle
24. Anfragen und Anträge
25. Mitteilungen der Verwaltung
26. Verschiedenes

Beginn der Sitzung:	10:10 Uhr
Ende öffentlicher Teil:	12:15 Uhr
Ende nichtöffentlicher Teil:	12:20 Uhr
Ende der Sitzung:	12:20 Uhr

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Herr Prof. Dr. Rolle begrüßt die Anwesenden und weist darauf hin, dass die Vorlage 14/2247 "Vogelsang IP gGmbH; Neuordnung der Beteiligungsstruktur und Sicherstellung der langfristigen finanzwirtschaftlichen Ausstattung der Gesellschaft" zu dem Tagesordnungspunkt 21 seitens der Verwaltung für die Sitzung des Kulturausschusses zurück gezogen werde, da noch weitere, kurzfristig in der Gesellschafterversammlung am 12.09.2017 sowie in einem weiteren Termin am 19.09.2017 mit der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft FIDAIX an den LVR herangetragenen Fakten in die Vorlage einzuarbeiten seien.

Er schlägt des Weiteren vor, die ursprünglich im Anschluss an die Sitzung geplante Führung durch das Lehmbruck Museum vorzuziehen und direkt im Anschluss zu der Begrüßung durch die Museumsleitung Frau Dr. Dinkla unter Tagesordnungspunkt 3

anzubieten. Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Vor dem Hintergrund der mäßigen Resonanz zu der geplanten Exkursion des Kulturausschusses zu den Biologischen Stationen Rhein-Kreis Neuss und Krickenbecker Seen am 17.10.2017 schlägt Herr Prof. Dr. Rolle abschließend vor, diese auf eine halbtägige Veranstaltung - ausschließlich zu der Biologischen Station Kloster Knechtsteden - zu begrenzen. Im Jahr 2018 könne dann der Besuch der Station Krickenbecker Seen, ggf. zusammen mit den Mitgliedern des Umweltausschusses - nachgeholt werden. Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Die Tagesordnung wird anerkannt.

Punkt 2

Niederschrift über die 15. Sitzung vom 21.06.2017

Gegen die Niederschrift über die 15. Sitzung des Kulturausschusses vom 21.06.2017 werden keine Einwände erhoben.

Punkt 3

Begrüßung und Vorstellung des Museums sowie der Stiftung Lehmbruck Museum Duisburg

Frau Dr. Dinkla begrüßt den Ausschuss in ihrem Hause und verweist auf die langjährige Kooperation des Museums mit dem LVR, u. a. im Rahmen des Verbundprojektes "1914 - Mitten in Europa". In diesem Rahmen sei in Duisburg die Ausstellung "Zeichen gegen den Krieg" gezeigt worden, welche Werke von Wilhelm Lehmbruck - insb. das Antikriegsdenkmal "Der Gestürzte" - in den Vordergrund gerückt, jedoch auch viele Werke von jungen Künstlerinnen und Künstlern dargestellt habe. Auf weitere Inhalte des Museums werde sie im Rahmen der Führung weiter eingehen und übergibt das Wort an **Herr Krützberg**. Dieser betont zunächst, dass der LVR nicht nur im kulturellen Bereich, sondern auch bei Bildung, Familie und Jugendhilfe ein langjähriger verlässlicher Partner für die Stadt Duisburg sei. Darüber hinaus sei der LVR einer von drei Stiftungsgründern der Stiftung Lehmbruck Museum, welche im Jahr 2000 gegründet worden sei und die bis dahin bestehende städtische Trägerschaft des Museums übernommen habe. Die Stadt Duisburg habe sich an der Stiftungsgründung mit dem Museum selbst, inkl. des Inventars und der im Eigentum befindlichen Exponate beteiligt, der LVR habe ein Stiftungskapital in Höhe von 5 Mio. DM eingebracht. Weiteres Kapital sei seitens der Duisburger Wirtschaft eingeflossen, die sich mit insg. 7,6 Mio. € eingebracht habe. Er verweist darauf, dass die Stadt Duisburg zu den ärmsten Kommunen in NRW gehöre, der jährliche Zuschuss in Höhe von 2 Mio. € an das Museum jedoch stetig fließe und nicht von Kürzungen betroffen sei. Insgesamt sei der Kulturetat der Stadt Duisburg seit 2013 nicht reduziert worden, was dazu führe, dass Duisburg eine sehr lebendige Kulturlandschaft, u. a. auch mit den Museen DKM sowie Küppersmühle, aufweisen könne.

Anschließend führt **Frau Dr. Dinkla** die Ausschussmitglieder durch das Museum.

Punkt 4

Bericht zur aktuellen Tätigkeit und zu den Perspektiven der Denkmalpflege im Rheinland Vorlage 14/2123

Frau Dr. Flick merkt an, dass der ausführliche Bericht auch die Problematik in Bezug auf die Unteren Denkmalbehörden aufgreife. So sei u. a. aufgeführt, dass es vor diesem Hintergrund für das LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland (ADR) kaum möglich sei,

seine Pflichtaufgaben entsprechend zu erfüllen. Zum besseren Verständnis bittet sie dementsprechend um nochmalige Definition der Pflichtaufgaben und Erläuterung der Problempunkte.

Herr Solf bittet ergänzend um Stellungnahme zur derzeitigen Personalsituation und betont, dass das ADR auch in dieser Hinsicht zukunftsfähig gestaltet werden müsse. **Herr Runkler** führt ergänzend aus, dass das hohe Beratungsaufkommen des ADR auf die beschränkten Personalressourcen der Kommunen zurückzuführen sei. Die Beratungsfunktion des ADR sei jedoch unerlässlich für den Denkmalschutz in NRW und auch eine der Kernaufgaben des Amtes, so dass der LVR als Regionalverband mit entsprechend qualifiziertem Personal eine gewisse Verantwortung trage.

Herr Prof. Dr. Wilhelm dankt für die ausführliche inhaltliche Darstellung. Er stelle Defizite im Verständnis sowie in der Prioritätensetzung bei den Städten und Gemeinden zum Thema fest, was in Konsequenz zu entsprechendem Mehraufwand beim ADR führe. Darüber hinaus bittet er um Stellungnahme bezüglich der in der Vorlage dargestellten Häufung von sog. Ministerentscheidungen, da bisher die Anrufung der Obersten Denkmalbehörde nur in besonderen Ausnahmefällen üblich gewesen sei. Dies sei zwar im Gesetz vorgesehen, er frage sich jedoch, warum zwischen ADR und der jeweils zuständigen Kommune keine Kompromisse gefunden worden seien.

Laut **Herrn Gormanns** habe sich die Expertise in den Kommunen bezüglich des Denkmalschutzes in den letzten Jahren stark verringert. Neben den für die Kommunen zur Verfügung stehenden Personalressourcen sei auch das rückläufige Interesse der jüngeren Generation an den Themen des Denkmalschutzes ein wichtiger Faktor für diesen Umstand. Bezüglich der Abstimmungsproblematik sehe er ein möglichst frühzeitiges Zugehen auf die Institutionen des Denkmalschutzes als zielführend an - oft würden diese zu spät eingebunden. **Herr Prof. Dr. Peters** schließt sich seinen Vorrednern bezüglich der notwendigen Professionalisierung vor Ort in den Kommunen an. Abschließend weist er auf die in der Vorlage angekündigte Veröffentlichung des Inventarbandes der Bau- und Kunstdenkmäler der Stadt Xanten hin und fragt vor diesem Hintergrund eine Neuauflage der in den 1960er/1970er Jahren erschienenen Reihe von Inventarbänden an.

Die Stellungnahmen und Rückfragen ihrer Vorredner aufgreifend erläutert **Frau Dr. Pufke** zunächst, dass die Pflichtaufgaben des ADR in § 22 Denkmalschutzgesetz des Landes NRW (DSchG NRW) dargelegt seien. Primär sei Aufgabe des fachlich unabhängigen Amtes, bei allen Fragen zum Denkmalschutz und der Denkmalpflege für die Unteren Denkmalbehörden aber auch für die Denkmaleigentümerinnen und -eigentümer oder entsprechende Institutionen etc. beratend tätig zu sein. Damit eng verknüpft sei die beratende Tätigkeit im Vollzug des DSchG NRW: Immer wenn eine Denkmaleintragung erfolge, erstelle das ADR eine entsprechende Denkmalwertbegründung. Darüber hinaus würden auch entsprechende gutachterliche Stellungnahmen im Rahmen von Erlaubnisanträgen formuliert, wobei im Vorfeld die Maßnahme in der Regel intensiv durch das ADR begleitet werde und je nach Maßnahme verschiedene Fachabteilungen des Amtes, wie z. B. die Restaurierungsabteilung, hinzugezogen würden. Sie betont, dass das ADR eine fachliche Stellungnahme im Rahmen des im Gesetz formulierten "Benehmens" abgebe, welches die jeweilige Untere Denkmalbehörde in die Lage versetzen solle, ihre Entscheidung auf dieser fachlichen Grundlage abzuwägen. Durch die bereits angesprochene Tatsache der geringen Expertise in den Kommunen werde die durch das Gesetz vorgesehene Korrektivfunktion jedoch häufig konterkariert, so dass sich der Arbeitsaufwand im ADR stetig erhöhe. Dies habe zur Folge, dass eine entsprechende Prioritätensetzung im Amt erfolgen müsse und weitere Aufgabenfelder, wie z. B. die Inventarisierung und Öffentlichkeitsarbeit, nicht im gewünschten Maße bearbeitet werden könnten. Um die aus den Kommunen resultierenden Effekte zu schwächen, "schule" das ADR - unabhängig von seinem eigentlichen Aufgabenfeld - die Unteren Denkmalbehörden regelmäßig entsprechend, so dass die Kommunen inzwischen größtenteils hinsichtlich der bestehenden Problematik

sensibilisiert seien. Auch wenn das DSchG NRW aus ihrer Sicht sehr fortschrittlich und demokratisch sei, seien einige Inhalte bezüglich der Aufgaben- und Rollenverteilung unklar formuliert. So bestünden auch im Rahmen der Evaluation zum Gesetz zu einigen Themen Differenzen zwischen der Auffassung des ADR und der einiger Kommunen. Bezüglich der Anmerkung zur Ministerentscheidung führt sie abschließend aus, dass die jetzige Anhäufung ebenfalls Ausdruck davon sei, dass der Vollzug des DSchG NRW nicht in Gänze sachgerecht funktioniere. Grundsätzlich seien in jedem Einzelfall zahlreiche Gespräche zwischen den Beteiligten geführt worden, so dass es sich vorliegend jeweils um letztinstanzliche Maßnahmen gehandelt habe.

Herr Prof. Dr. Rolle bedankt sich für die ausführliche Stellungnahme und hebt den hohen Grad der Ausbildungsquote im ADR hervor. Er gibt weiter zu bedenken, dass oftmals bereits die Definition eines Denkmals außerhalb des ADR nicht geläufig sei und bittet, entsprechendes Informationsmaterial - falls vorhanden - den Mitgliedern des Ausschusses zur weiteren Verbreitung zur Verfügung zu stellen.

Herr Runkler schlägt vor, die Situation in den Unteren Denkmalbehörden bezüglich der fachlichen Qualifikationen abzufragen und dementsprechend bedarfsgerechte Fortbildungen anzubieten. Grundsätzlich sei jedoch auch die Leistungsfähigkeit des ADR sicher zu stellen. **Frau Dr. Pufke** erwidert, dass eine solche Abfrage bereits erfolgt und Bestandteil der Evaluation des DSchG NRW sei. Sobald der Abschlussbericht mit entsprechenden Schlussfolgerungen veröffentlicht werde, werde dieser den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt.

Der Bericht zur aktuellen Tätigkeit und zu den Perspektiven der Denkmalpflege im Rheinland wird gemäß Vorlage 14/2123 zur Kenntnis genommen.

Punkt 5

Bericht zum Sachstand der Umsetzung der Digitalen Agenda 2020 des LVR-Dezernates Kultur und Landschaftliche Kulturpflege Vorlage 14/2224

Ohne Aussprache.

Der Bericht zur Umsetzung der Digitalen Agenda 2020 des LVR-Dezernates Kultur und Landschaftliche Kulturpflege für den Zeitraum 2016/2017 wird gemäß Vorlage 14/2224 zur Kenntnis genommen.

Punkt 6

Verbundprojekt „Bauhaus100 im Westen – Gestaltung und Demokratie – Neubeginn und Weichenstellungen im Rheinland und in Westfalen“ Vorlage 14/2221

Frau Karabaic berichtet kurz zum Inhalt der Vorlage und führt aus, dass das in Zusammenarbeit mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe sowie dem Land NRW zu verwirklichende einzigartige Verbundprojekt "Bauhaus" zum Anlass nehme, die einzelnen Maßnahmen konzeptionell in den Kontext der Weimarer Republik flächendeckend für NRW im Jahr 2019 zu stellen.

Herr Beu regt an, das Ausstellungsprojekt der Alten Synagoge Essen "Bauhaus im Exil/Tel Aviv" in Hinblick auf den gesellschaftlichen und historischen Kontext auch durch das LVR-LandesMuseum Bonn aufzugreifen. Die Verwaltung sagt zu, die Möglichkeiten zu eruieren.

Der Bericht über das Verbundprojekt „Bauhaus100 im Westen – Gestaltung und

Demokratie – Neubeginn und Weichenstellungen im Rheinland und in Westfalen“ wird gemäß Vorlage 14/2221 zur Kenntnis genommen.

Punkt 7

Besuchsstistik und Erlöse aus Entgelten für die Museen des Landschaftsverbandes Rheinland Vorlage 14/2069

Mit Blick auf die inhaltlichen Darstellungen der Vorlage schlägt **Herr Prof. Dr. Rolle** zu Beginn der Diskussion vor, in der ersten Jahreshälfte 2018 eine Sitzung im LVR-Industriemuseum Schauplatz Engelskirchen durchzuführen. Auch in Anbetracht der Tatsache, dass im Jahr 2020 das "Engelsjahr" begangen werde und dies ggf. entsprechenden Einfluss im Rahmen von Veranstaltungen etc. auf den Standort habe, bittet er, entsprechende Vertreterinnen und Vertreter der Gemeinde Engelskirchen zu der Sitzung zu laden. Auch vor dem Hintergrund, dass sich laut der Vorlage ein evidenter Handlungsbedarf für den Standort Engelskirchen aufzeige, signalisiert **Herr Prof. Dr. Peters** seine Zustimmung. Insg. sei das Ergebnis der dargelegten Statistik durchwachsen, jedoch seien signifikante Einzelfälle auch nachvollziehbar begründet. Wieder einmal zeige die Darstellung die Abhängigkeit der Besuchszahlen von dem entsprechenden Ausstellungsprogramm des jeweiligen Hauses. Er bittet abschließend, die Öffnungszeiten des LVR-LandesMuseums Bonn zu überdenken, da er eine samstägliche Öffnung erst ab 13 Uhr an diesem Standort für unsachgemäß erachte. **Frau Karabaic** erwidert, dass dieser Umstand auf die Konsolidierungsbemühungen des Museums zurückzuführen sei. Erfahrungsgemäß gehöre der Samstagvormittag zu den besucherärmeren Zeitpunkten, so dass man sich für eine spätere Öffnung und damit auch für die Einsparungsmöglichkeit von Betriebskosten entschieden habe.

Herr Zierus bittet um Angabe des Anteils an Jahreskartenbesitzerinnen und -besitzern. Des Weiteren stellt er nochmals heraus, dass die zusätzlichen Erlöse den größten Einnahmeposten ausmachen würden. Sich auf die Stärkung und den Ausbau der entsprechenden Erlösarten zu konzentrieren, könne die finanzielle Situation der Museen entsprechend verbessern. **Frau Karabaic** erläutert, dass der Nachweis bezüglich des Anteils an Jahreskartenbesitzerinnen und -besitzern über die Rheinlandkultur GmbH herangezogen werden müsse und die entsprechende Information der Niederschrift zur Sitzung beigefügt werde (siehe **Anlage**). Bezogen auf die wirtschaftliche Betätigung der Museen erklärt sie weiter, dass der LVR diesbezogen nur in einem gewissen rechtlichen Rahmen handlungsfähig sei, der bereits vollumfänglich ausgenutzt werde.

Herr Beu merkt an, dass er einen mehrjährigen Jahresvergleich für aussagekräftiger erachte und bittet die Verwaltung, dies künftig zu berücksichtigen. **Frau Dr. Flick** stimmt dem zu und führt weiter aus, dass sie eine Sitzung des Kulturausschusses im LVR-Industriemuseum Schauplatz Engelskirchen vor dem genannten Hintergrund als sinnvoll erachte. Sie bittet darüber hinaus um Stellungnahme, ob die in Engelskirchen neu eingerichtete Stelle für die Museumspädagogik keinen Einfluss auf Erlössituation gehabt habe. Abschließend bittet sie um kurze Erläuterung der dargelegten Zahlen für das LVR-Industriemuseum Schauplatz Oberhausen Altenberg: Hier seien die Halbjahreszahlen 2016 und 2017 in einem Missverhältnis. Laut **Frau Karabaic** sei dies dem Umstand geschuldet, dass der Ticketverkauf der Sonderveranstaltung "ExtraSchicht - Die Nacht der Industriekultur" in 2016 direkt über den Veranstalter gelaufen sei und die Besucherinnen und Besucher in LVR-Industriemuseum als "nicht zahlend" verbucht worden seien. Für das Jahr 2017 habe sich das Verfahren geändert, so dass die Besucherinnen und Besucher der Sonderveranstaltung im Gegensatz zum Vorjahr als zahlende Besucher erfasst worden seien und es so zu der unterschiedlichen Darstellung und Gewichtung komme. Bezüglich des erbetenen Mehrjahresvergleichs erläutert Frau Karabaic weiter, dass dieser in der jährlich vorzulegenden Statistik zum Thema vorhanden sei und in der letzten Vorlage 14/1791 die Jahre 2011 bis 2015 erfasse.

Die Besuchsstatistik und die Statistik der Erlöse im ersten Halbjahr 2017 für die Museen des Landschaftsverbandes Rheinland werden gemäß Vorlage Nr. 14/2069 zur Kenntnis genommen.

Punkt 8

Langfristige Planung der Investitionen im Kulturbereich Vorlage 14/2113

Ohne Aussprache.

Der Kulturausschuss fasst einstimmig folgenden empfehlenden Beschluss:

Die aktualisierte Bauinvestitionsplanung für den Kulturbereich für die Jahre 2014 bis 2025 wird gemäß Vorlage Nr. 14/2113 zur Kenntnis genommen.

Der weiteren Realisierung der Planungen für 2018 wird zugestimmt.

Punkt 9

Machbarkeitsstudie zur Einführung freier Eintritte in die LVR-Museen Vorlage 14/2218

Herr Beu führt aus, dass die inhaltlichen Darstellungen der Vorlage seine Erwartungshaltung wiedergeben würden. Es sei jedoch nicht nachvollziehbar, dass keine Festlegung auf einen einheitlichen eintrittsfreien Tag für alle LVR-Museen erfolge. Das beschriebene Vorgehen stehe auch dem Gedanken der Vereinheitlichung unter der "LVR-Dachmarke" entgegen und führe zu Verwirrung in der Öffentlichkeit. Als einzige nachvollziehbare Ausnahme sehe er Museen, deren Standorte bereits einen eintrittsfreien Tag vorgeben würden - dies sei z. B. bei der Stadt Köln und damit ggf. für das künftige Museum MiQua. LVR-Jüdisches Museum im Archäologischen Quartier Köln der Fall. Er bittet im Namen seiner Fraktion um Ergänzung der Ziffer 1 des Beschlussvorschlages dahingehend, dass alle LVR-Museen denselben eintrittsfreien Tag anbieten. Sollte dies keine Mehrheit finden, werde seine Fraktion dem vorliegenden Beschlussvorschlag nicht zustimmen. Der Ergänzungsvorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird abgelehnt.

Der Erweiterungsvorschlag von **Herrn Zierus**, im LVR-LandesMuseum Bonn probeweise gänzlich den freien Eintritt einzuführen, findet ebenfalls keine Zustimmung.

Herr Prof. Dr. Peters schlägt vor, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ergänzen: "4. Die Auswertung der Einführung freier Eintritte in LVR-Museen wird in die Vorlage 'Besuchsstatistik und Erlöse aus Entgelten für die Museen des Landschaftsverbandes Rheinland' aufgenommen". Bezüglich der Ausführungen von Herrn Beu gibt er zu bedenken, dass den Museen auch in Bezug auf die Eintrittspreisgestaltung größtenteils freie Hand gelassen werde. Nach entsprechender Evaluation könne ggf. sein Vorschlag der Vereinheitlichung nochmals aufgegriffen werden. Zum Ergänzungsvorschlag der CDU-Fraktion wird Einvernehmen signalisiert.

Ebenfalls auf die Ausführungen von Herrn Beu bezogen, weist **Herr Prof. Dr. Rolle** darauf hin, dass der LWL mit dem auch hier favorisierten Modell der individuellen Gestaltung des eintrittsfreien Tages gute Erfahrungen gemacht habe. **Herr Pohl** erwidert, dass auch er einen einheitlichen eintrittsfreien Tag aus Marketinggesichtspunkten als sinnvoller erachte. Insgesamt müsse man jedoch über die Eintrittspreisstruktur der einzelnen LVR-Museen nochmals nachdenken. Vor diesem Hintergrund befürworte er auch die vorgeschlagenen Sitzung im LVR-Industriemuseum Schauplatz Engelskirchen, da es sich um einen Standort handle, wo aus rein betriebswirtschaftlichen Gründen eine

Eintrittserhebung generell fragwürdig sei. Laut **Herrn Prof. Dr. Wilhelm** solle man sich zunächst an die Erfahrungswerte des LWL halten, die eine individuelle Gestaltung des eintrittsfreien Tages augenscheinlich positiv bewerten würden. Er schließt sich dem Vorschlag von Herrn Prof. Dr. Peters an, eine mögliche Vereinheitlichung des eintrittsfreien Tages ggf. nach entsprechender Evaluation erneut zu diskutieren und zunächst bei der seitens der Verwaltung vorgeschlagenen individuellen Lösung zu bleiben. Er weist weiter darauf hin, dass er den angesprochenen Marketingeffekt aufgrund der heterogenen Medienlandschaft als überschaubar einstufe, da sich entsprechende Pressemeldungen etc. in der Regel auf lokale Ereignisse konzentrieren und nicht über das gesamte Rheinland transportiert würden.

Herr Prof. Dr. Rolle stellt weiteren Beratungsbedarf fest und schlägt vor, die Vorlage ohne Votum, jedoch mit dem seitens der CDU-Fraktion formulierten ergänzenden Beschlussvorschlag, an den folgenden Gremiengang zu verweisen. Dem wird seitens des Ausschusses zugestimmt.

Der Kulturausschuss bittet einvernehmlich um folgende *ergänzende (kursiv)* Beschlussformulierung und verweist die Vorlage ohne Votum an den weiteren Gremiengang:

1. Der Einführung eines eintrittsfreien Tages im Monat in den LVR-Museen ab 2018 gemäß Vorlage 14/2218 wird zugestimmt.
2. Zum Ausgleich des aus Vorlage 14/2218 resultierenden höheren Zuschussbedarfes der Museen wird dem Dezernat 9 ein zusätzlicher Bedarf in Höhe von 65.000 € für das Jahr 2018 anerkannt. Sofern dieser Bedarf nicht über das Budget des Dezernates gedeckt werden kann, erfolgt eine Deckung aus dem Gesamthaushalt.
3. Im Rahmen der Haushaltsaufstellung zum Haushalt 2019/2020 wird der erhöhte Zuschussbedarf aufgrund der Erfahrungen aus 2018 des Dezernates 9 zusätzlich eingeplant.
4. *Die Auswertung der Einführung freier Eintritte in LVR-Museen wird in die Vorlage "Besuchstatistik und Erlöse aus Entgelten für die Museen des Landschaftsverbandes Rheinland" aufgenommen.*

Punkt 10

Verlängerung des freien Eintritts in die LVR-Museen Vorlage 14/2138

Ohne Aussprache.

Die dem Landschaftsausschuss vorzulegende Beschlussfassung wird zur Kenntnis genommen:

Der freie Eintritt in die LVR-Museen für den in der Vorlage Nr. 14/2138 genannten Personenkreis der Menschen mit Behinderung - einschließlich einer Begleitperson - wird unter Beibehaltung des bisherigen Verfahrens bis zum 31.12.2019 verlängert.

Punkt 11

LOGINEO NRW - Vertragsverlängerung, künftiges Verfahren Vorlage 14/2153

Herr Runkler bittet, die Vorlage auch dem Betriebsausschuss InfoKom zukommen zu

lassen. Dies wird von der Verwaltung entsprechend zugesichert.

Frau Dr. Flick bittet um kurze Stellungnahme, inwieweit LOGINEO NRW in den Schulen bereits implementiert worden sei bzw. wie sich der Einsatz der Software perspektivisch verhalte. **Herr Drewes** berichtet, dass sich LOGINEO NRW derzeit zum aktuellen Schuljahr 2017/2018 im "Rollout" befinde und allen 6.000 Schulen im Rheinland angeboten würde. Es handle sich um ein freiwilliges Angebot, welches die Schulen über eine entsprechende Beantragung bei den jeweiligen Schulträgern nutzen könnten. Die Nutzung sei für die Lehrkräfte kostenfrei, die Beteiligung der Schülerinnen und Schüler sei jedoch derzeit noch kostenpflichtig und werde über die Schulträger finanziert. Das Interesse sei bisher sehr groß und die Rückmeldungen aus den Schulen bisher sehr positiv. Da alle digitalen Lernmittel über LOGINEO NRW zu nutzen seien, sei die Software Grundlage, um in das digitale Lernen einzusteigen. Am 18.10.2017 finde eine Schulträgere Tagung statt, um diese umfassend über die bisherigen Erfahrungen sowie das entsprechende Verfahren zu unterrichten. Mitte November werde dann unter Beteiligung der Schulministerin eine Schulleiterinnen und -leitertagung folgen.

Herr Prof. Dr. Rolle schlägt eine praktische Demonstration der Software-Lösung LOGINEO NRW durch Herrn Drewes im Sitzungsjahr 2018 vor. Dies wird einhellig begrüßt.

Der Kulturausschuss fasst einstimmig folgenden empfehlenden Beschluss:

1. Das Vertragsverhältnis zwischen dem Landschaftsverband Rheinland und dem Zweckverband Kommunales Rechenzentrum Niederrhein zu Weiterentwicklung, Betrieb, Pflege und Support der Software-Lösung LOGINEO NRW wird um ein Jahr bis zum 31.12.2018 entsprechend dem Vertragsentwurf zu Vorlage 14/2153 verlängert.
2. Die Verwaltung wird beauftragt zu klären, in welcher Form LOGINEO NRW ab 2019 weiterbetrieben werden kann, die hierfür notwendigen Schritte einzuleiten und die erforderlichen Beschlüsse zu gegebener Zeit einzuholen.

Punkt 12

**Inhaltliche Weiterentwicklung für das LVR-LandesMuseum Bonn:
Grundsatzbeschluss über eine Neuorientierung für das LVR-LandesMuseum auf der Basis einer umfassenden inklusiven Zielsetzung;
hier: inklusive Erschließung des Gebäudes mit einem zentralen Doppelaufzug
Vorlage 14/2155**

Herr Prof. Dr. Peters signalisiert die Zustimmung der Fraktionen SPD und CDU zu der Vorlage, weist jedoch darauf hin, dass die Tiefgarage des LVR-LandesMuseums Bonn in keinsten Weise barrierefrei sei und bittet, dies im weiteren Planungsverlauf zu berücksichtigen.

Der Kulturausschuss fasst einstimmig folgenden empfehlenden Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die weiteren Planungsschritte für die Realisierung des Doppelaufzugs und der Umgestaltung des Erdgeschosses des LVR-LMB gemäß Vorlage Nr. 14/2155 einzuleiten und hierfür die HU-Bau im Rahmen der Neuausrichtung des LVR-LMB zu erstellen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Konzeption für die Neuausrichtung des LVR-LMB fortzuentwickeln und für die vorgeschlagenen Veränderungen konkrete Vorentwurfsplanungen und Kostenschätzungen bis Mitte 2018 vorzulegen.

Punkt 13

Verwaltungsstrukturüberprüfung im LVR - Ergebnis der Überprüfung im Dezernat 9 Vorlage 14/2074

Um eine Wiederholung der kulturpolitischen Inhalte zu vermeiden, erklärt **Herr Limbach**, dass er seine folgenden Ausführungen auf den unter Ziff. 6 der Begründung zu Vorlage dargelegten Sachverhalt beschränken werde. Für das durch Vorlage 14/1302 beschlossene neue Verfahren zur Personalkostenbudgetierung seien nun im Rahmen der vorliegenden Verwaltungsstrukturüberprüfung entsprechende Vorkehrungen getroffen worden. Die Vorbereitungen seien insoweit wesentlich, als dass es im Dezernat 9 insb. darum gehe, eine größtmögliche Kongruenz zwischen dem Stellenplan und dem Budget herzustellen. Diesbezüglich bestand im Dezernat 9 eine besondere Diskrepanz, die der Antrag 14/48 entsprechend aufgegriffen habe: Im Rahmen der politischen Beratungen sei nochmals festgehalten worden, dass bestimmte Stellen, die im Stellenplan zwar vorhanden, aus Budgetgründen jedoch nicht besetzt gewesen seien. Dies habe aus der stetigen Fortschreibung des vorherigen Personalkostenbudgets - ohne entsprechende Ableitung aus dem Stellenplan - resultiert. Die hier nun dargelegten Vorkehrungen seien für den kommenden Haushalts- und Stellenplan relevant. Hierfür seien bereits im Vorfeld Teil A und Teil B des Stellenplans um Stellen bereinigt worden. Der nach dieser Zäsur entstandene Stand sei in Konsequenz mit einer entsprechenden Finanzierung versehen worden, so dass eine Besetzung der vorhandenen Stellen vollumfänglich erfolgen könne. Angesichts der Alterstruktur und der damit zusammenhängenden Personalabgänge bis zum Jahr 2022 im Dezernat 9 sei der Handlungsbedarf entsprechend geboten gewesen.

Der Kulturausschuss fasst einstimmig folgenden empfehlenden Beschluss:

Der Landschaftsausschuss beschließt:

1. Zur Realisierung der aus Vorlage 14/2074 resultierenden weiteren Stellenbesetzungen wird dem Dezernat 9 ein zusätzlicher Bedarf in Höhe von bis zu 2.270.496,12 € für das Jahr 2018 (in Abhängigkeit der abgeschlossenen Besetzungsverfahren) anerkannt. Sofern dieser Bedarf nicht über das Budget des Dezernates 9 gedeckt werden kann, erfolgt die Deckung aus dem Gesamthaushalt.

2. Auf Grundlage des neuen Personalkostenbudgetierungsverfahrens zum Haushalt 2019/2020 werden die bisher nicht finanzierten 9 Stellen im Stellenplan Teil A im Auslastungsgrad berücksichtigt und damit finanziert.

Die anerkannten Stellen im Stellenplan Teil B werden mit den entsprechenden Durchschnittswerten hinterlegt. Das hierfür notwendige Budget wird dem Dezernat 9 zur Verfügung gestellt.

Punkt 14

Berichte aus Netzwerken und Stiftungen durch die Verwaltung

Frau Karabaic berichtet zum Sachstand:

- Preußen Museum Wesel: Nach voraussichtlicher Beendigung der Bauarbeiten Ende Oktober 2017 könne das künftige LVR-NiederrheinMuseum Wesel nach entsprechender Übernahme der Trägerschaft in Folge der Herstellung der Mängelfreiheit im März 2018 eröffnen.
-
- MiQua: Am 25.09.2017 habe die Sitzung des Politischen Lenkungskreises mit der Stadt Köln stattgefunden. Hier habe man bezüglich der Grabung sowie den Baufortschritt, unter Berücksichtigung der durch den Landschaftsausschuss gefassten

Beschlüsse, einen Fortschritt erzielen können. U. a. sei archäologisch als auch baulich die Fragestellung bezüglich der Eingangssituation - auch mit Hinblick auf den Verkehrsentwicklungsplan der Stadt Köln - geklärt worden. Als Ergebnis habe man sich auf eine verkehrsberuhigte Zone verständigen können, was den Zugang sowohl zum Praetorium als auch zum Hauptaussgang des künftigen Museums gestalterisch unterstütze. Weitere, noch offene Themengebiete, befänden sich nach wie vor in Klärung - die Verwaltung werde entsprechend berichten.

Punkt 15 **Beschlusskontrolle**

Ohne Aussprache.

Punkt 16 **Anfragen und Anträge**

Herr Prof. Dr. Rolle ruft die Tagesordnungspunkte 16.1 und 16.2 auf.

Punkt 16.1 **1000 Jahre Abtei Brauweiler im Jahr 2024** **Antrag 14/174 CDU, SPD**

Ohne Aussprache.

Die Beauftragung der Verwaltung, anlässlich des 1000-jährigen Bestehens des LVR-Kulturzentrums Abtei Brauweiler im Jahr 2024 geeignete Jubiläumsaktivitäten (z.B. Publikationen bis hin zu gesellschaftlichen Veranstaltungen) vorzuschlagen, wird zur Kenntnis genommen.

Hierzu soll die Verwaltung für die zuständigen Gremien der Landschaftsversammlung eine Beschlussvorlage erarbeiten. Bei diesen Überlegungen und Prüfungen sind alle Abteidienststellen (einschließlich Verwaltung) wie auch der sehr aktive ehrenamtliche Umkreis der Abtei Brauweiler (u.a. Freundeskreis der Abtei Brauweiler, Pulheimer Geschichtsverein, Kunstfonds) mit einzubeziehen.

In der Vorlage sollen (auch alternativ) die finanziellen Auswirkungen dargestellt werden. Zugleich sollen alle Möglichkeiten eines Sponsorings zur Unterstützung der Jubiläumsveranstaltungen geprüft werden.

Punkt 16.2 **MiQua.LVR-Jüdisches Museum im Archäologischen Quartier Köln: Sachstand des Projektes sowie finanzielle Rahmenbedingungen** **Antrag 14/180 CDU, SPD**

Ohne Aussprache.

Die Beschlussfassung des Landschaftsausschusses zu folgenden Punkten wird zur Kenntnis genommen:

1.

Die Personalkosten für die Museumsverwaltung des LVR-Jüdischen Museums im Archäologischen Quartier Köln werden bis auf weiteres ab dem Jahr 2020, bezogen auf die - wie in der Vorlage dargestellt - 20 Stellen begrenzt.

2.

Im Hinblick auf die unter 2.3.1 benannten möglichen Kooperationen und Umsatzbeteiligungen wird die Verwaltung beauftragt, die notwendigen Gespräche zu führen und über die Ergebnisse zu berichten.

Der endgültige Nutzungsvertrag ist mit der Stadt Köln zu verhandeln und zur Beschlussfassung vorzulegen. Dabei ist der dem Landschaftsverband entstehende Einnahmeausfall durch die erhebliche Verringerung der Flächen (Wegfall von Museumsshop und Cafeteria) zu kompensieren.

3.

Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, mit der Stadt Köln und dem Land zu verhandeln, inwieweit eine Kostenübernahme/-beteiligung für die Bewachungs-/Sicherungskosten in Frage kommt. Über das Ergebnis der Gespräche soll ebenfalls unverzüglich berichtet werden.

Der LVR verzichtet auf das Kündigungsrecht, wenn die Bewachungskosten vollständig von dritter Seite übernommen werden.

4.

Der jährliche Zuschuss wird ab 2020 insgesamt auf maximal 6,5 Mio. Euro gedeckelt.

Punkt 17

Mitteilungen der Verwaltung

Ohne Aussprache.

Punkt 18

Verschiedenes

Herr Prof. Dr. Rolle berichtet über die Kontaktaufnahme des Künstlers Urban Stark von der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der an ihn mit der Bitte um Unterstützung herangetreten sei: In Anlehnung an eine Aktion zur Eröffnung des Nelson-Mandela Parks in Aachen möchte Herr Stark im Abteipark Brauweiler die abgestorbenen Kastanien mit Schnitzereien künstlerisch umgestalten. Er erbitte kein Honorar, sondern lediglich die Unterstützung im Rahmen von Sponsoring für die benötigten Gerätschaften zur Fortführung seines Aachener Projektes "Innocent Houses". Herr Prof. Dr. Rolle schlägt vor, die Verwaltung um entsprechende Prüfung des Sachverhalts zu bitten. Dem wird einvernehmlich zugestimmt.

Köln, 19.10.2017

Der Vorsitzende

Prof. Dr. Rolle

Köln, 12.10.2017

Die Direktorin des Landschaftsverbandes
Rheinland

In Vertretung

K a r a b a i c

Akzeptanz der Jahreskarten in den LVR-Museen im 1. Halbjahr 2017

In den LVR-Museen erhalten neben den Inhabern einer LVR-Museumskarte auch die Inhaber einer LWL-Museumscard freien Eintritt. Im LVR-LandesMuseum Bonn sowie im LVR-Industriemuseum, Standort Euskirchen, wurde bei der Verbuchung der Besuche bisher nicht zwischen diesen beiden Karten unterschieden, dies wird zukünftig umgesetzt.

Die Daten bilden analog zur Vorlage 14/2069 den Zeitraum 01.01.2017 bis 30.06.2017 ab.

Museum	LVR-Museumskarte	LWL-Museumscard	Summe
LVR-Freilichtmuseum Kommern	3.401	110	3.511
LVR-Archäologischer Park, LVR-RömerMuseum Xanten	1.381	356	1.737
LVR-Freilichtmuseum Lindlar	1.731	153	1.884
LVR-LandesMuseum Bonn	910		910
Max Ernst Museum Brühl des LVR	129	293	422
LVR-Industriemuseum, Schauplatz Oberhausen Altenberg inkl. Peter Behrens Bau	98	119	217
LVR-Industriemuseum, Schauplatz St. Antony-Hütte und Eisenheim	57	60	117
LVR-Industriemuseum, Schauplatz Solingen	112	47	159
LVR-Industriemuseum, Schauplatz Engelskirchen inkl. Oelchenshammer	143	3	146
LVR-Industriemuseum, Schauplatz Euskirchen	185		185
LVR-Industriemuseum, Schauplatz Ratingen	54	91	145
LVR-Industriemuseum, Schauplatz Bergisch Gladbach	272	29	301
Summe LVR-Industriemuseum	921	349	1.270
Summe	8.473	1.261	9.734